

Bildung als Menschenrecht erfordert Widerstand gegen Ökonomisierung und Privatisierung des Bildungswesens

(vom Gewerkschaftstag an den HV überwiesen und dort am 22./23. November 2013 beschlossen)

Die GEW tritt für eine umfassende Verwirklichung des Menschenrechts auf Bildung ein.

Diese Forderung beinhaltet ein emanzipatorisches Verständnis von Bildung, das der vollständigen und freien Entfaltung der Persönlichkeit und ihrer jeweiligen individuellen Möglichkeiten dienen will, soziale Ungleichheiten abzubauen bemüht ist und existierenden Benachteiligungen entgegenzuwirken hat.

In Bildungsprozessen mit diesen Zielsetzungen werden Menschen in allen Lebensbereichen und den darin bestehenden Problemlagen ernst genommen. Sie erfordern daher institutionelle Rahmenbedingungen, die Toleranz und gegenseitiges Verständnis in einer Atmosphäre ohne Angst und Stress ermöglichen.

Bildung in diesem Sinne befähigt Menschen, ihre gesellschaftliche Lage zu erkennen und individuelle und kollektive Mittel zu deren Veränderung zu nutzen. Sie befähigt zur Partizipation an demokratischen Entscheidungsprozessen.

Die GEW betrachtet dies als demokratische Bildung. Sie ist am Ziel der freien Entfaltung des Individuums im solidarischen Zusammenwirken mit anderen orientiert.

Diesem Ziel widerspricht es, das Bildungswesen in erster Linie an der Erfüllung wirtschaftlich bestimmter Effizienzkriterien zu messen und den Erfolg der Lernenden und Studierenden von der Bewältigung daraus abgeleiteter Inhalte abhängig zu machen.

Die GEW wendet sich mit Entschiedenheit gegen die Verkürzung von Bildung auf Kernfächer und Rankings sowie auf Outputorientierung und Verwertbarkeit.

Dazu gehört auch der Widerstand gegen die Ausstattung von Bildungseinrichtungen mit unzulänglichen Budgets. Diese Budgets unterwerfen die Einrichtungen einem Kostensenkungsdruck, dem sie zu Lasten des Personals, der Schülerinnen und Schüler, der Studierenden oder der Eltern entsprechen müssen. Sei es durch Senkung der Personalausgaben, Senkung der Qualität, indirekte Einführung von Schulgeld durch Fördervereine, Sponsoring und andere Drittmittel-Förderung. Dies sind massive Angriffe auf die Neutralität von Schule und Bildung und das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes.

Der von Politik und Wirtschaft initiierte und an Fahrt zunehmende Trend zur Privatisierung der Hochschulen, der zu verstärkter Abhängigkeit von Drittmitteln und von Stiftungslehrstühlen führt, muss umgekehrt werden. Die mit Privatisierung verbundene Entdemokratisierung ist zugunsten von Transparenz und demokratischen Entscheidungsprozeduren zu beenden. Forschung und Lehre gehören in die öffentliche Hand und unter die demokratische Kontrolle der Mitwirkenden und der

Öffentlichkeit. Der Staat muss die grundgesetzlich garantierte Freiheit von Forschung und Lehre verwirklichen und materiell absichern.

Die GEW fordert eine kostendeckende öffentliche Finanzierung aller Bildungseinrichtungen sowie deren uneingeschränkte Gebührenfreiheit. Der Konkurrenz setzt sie Kooperation, der Steuerung durch Markt und Wettbewerb eine massive Ausweitung demokratischer Mitbestimmung entgegen. Nicht der Markt soll entscheiden, was gute Bildung ist, sondern die Bürgerinnen und Bürger im demokratischen Diskurs und durch demokratische Entscheidungen. Nur so kann sichergestellt werden, dass die tatsächlich Betroffenen über ihre Belange befinden.

Die GEW wird die dramatisch anwachsende soziale Ungleichheit und die sich immer weiter öffnende Kluft zwischen Arm und Reich nicht widerstandslos hinnehmen. Mit der wachsenden Armut und dem tagtäglichen Druck einer ständig prekärer werdenden Daseinsfürsorge werden die davon Betroffenen zunehmend der Bildungsmittel beraubt, die ihnen Auswege aus der sozialen Benachteiligung eröffnen könnten. Daher sieht die GEW das Eintreten für emanzipatorische Zielsetzungen in der Bildung zugleich als unverzichtbaren Beitrag zur Veränderung der Gesellschaft und Aufhebung ihrer Spaltung.